

## Schaukämpfe

*Streit um Beitrittskriterien wird Europäische Währungsunion nicht aufhalten*

Der Euro – und kein Ende. Seit Monaten hat er in jeder täglichen Nachrichtenlage seinen festen Platz. Je näher das Entscheidungsdatum rückt, um so heftiger werden die Schaukämpfe, um so gezielter und zugleich willkürlicher werden Unsicherheiten gestreut und Ängste geschürt.

Den einen paßt die ganze Richtung nicht. Die Überwindung des Nationalstaates ist für sie kein rationales, geschweige denn friedenssicherndes Argument. Die europäische Integration rangiert in der Liste ihrer politischen Zielvorstellungen weit hinten; eine gehobene, nach und nach Osten erweiterte Freihandelszone genügt ihnen. Die anderen plagen Ängste vor Stabilitätsverlust. Die DM, stabilste Währung seit Menschengedenken (!), soll man zugunsten all der unsicheren südlichen Kantonsisten, die man sich mit einer vergemeinschafteten Währung mit ins Boot holt, aufgeben?

Was zählt da schon der Umstand, daß die Mitgliedsstaaten der EU unter dem Druck der Maastrichter Beitrittskriterien zu einer Stabilitätsgemeinschaft mit einer EU-durchschnittlichen Geldentwertungsrates von knapp zwei Prozent geworden sind, ein Inflationsbekämpfungserfolg, von dem man vielerorts vor Maastricht nicht einmal zu träumen gewagt hatte. Und der Stabilitätspakt, auf dem Europagipfel in Amsterdam im Juni endgültig besiegelt, macht sie angesichts der zur Erreichung des Defizitkriteriums da und dort angewandten Haushaltstricks der Sache nicht geneigter, schon weil Stabilitätsrisiken nie uno actu beseitigt, sondern nur Schritt für Schritt und von Gefahr zu Gefahr bekämpft werden können. Selbst der Schaden, der der sonst so umworbenen und umsorten

deutschen Exportwirtschaft durch eine Verschiebung der Währungsunion aufgrund einer dann unvermeidlichen Aufwertung der DM drohte, ist ihnen keine Überlegung wert.

Und wieder andere wollen sich schlicht ihre Landtagswahlen nicht durch einen wenig kriteriengerechten Europabschluß verderben lassen. Rücksicht auf übergeordnete Güter und Perspektiven – europäische eben – wird da nicht genommen. Es wäre ja auch nochmal schöner, läge einem der europäische Mantel gar näher als das weiß-blaue bayrische Hemd und die eigene politische Zukunft.

In der Sache selbst ist freilich längst Klarheit geschaffen. Der luxemburgische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratsvorsitzende, *Jean-Claude Juncker*, hat es nach einem nur zwischen den Zeilen mißverständlichen „Spiegel“-Interview erst Anfang Juli auf den Punkt gebracht: Eine Verschiebung der Währungsunion sei zwar „juristisch möglich, aber politisch völlig undenkbar“. Die gemeinsame europäische Währung wird also kommen, auch wenn große Teile der Bevölkerung in allen Beitrittsländern weiter skeptisch sind und eine Minderheit von Wirtschaftsprofessoren und Währungsexperten jetzt erst recht dagegen anrennt.

Und sie wird trotz allen Verschiebungsgeredes unter substantieller Einhaltung der Beitrittskriterien und bei Teilnahme der großen Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten pünktlich zum 1.1.1999 kommen.

Aufhalten könnte sie höchstens *Lionel Jospin*, wenn seine Regierung sich wegen deren sozial- und vor allem arbeitsmarktpolitischen Vorhaben einem dem Maastrichter Neuverschuldungskriterium annähernd gerecht werdenden Abbau des Etatdefizits verweigern sollte. Dann allerdings wäre die weitere europäische Integration nicht nur vorübergehend gestoppt, sondern auf Dauer bis ins Mark geschädigt. Es ist trotz traumatischer Erinnerungen an die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 durch die Französische Nationalversammlung und trotz der ge-

genwärtigen Unwägbarkeiten der französischen Politik nicht vorstellbar, daß angesichts des bereits erreichten Standes europäischer Integration und der nach dem Ende der Blöcke möglich und notwendig gewordenen Osterweiterung der Union eine französische Regierung die Verantwortung dafür übernehmen würde. Und auch nicht denkbar ist, daß – bei aller Integrationszögerlichkeit deutscher Verfassungsrichter („Staatenverbund“) – das mit der Währungsunion mit Sicherheit noch befaßte Bundesverfassungsgericht bei in seinen Augen nicht ausreichend zielgenauer Einhaltung der Beitrittskriterien die Währungsunion entscheidend behindern könnte.

Was im unmittelbaren Vorfeld ihrer Verwirklichung beunruhigt, sind also weniger die täglich ausgetragenen Leitartikel- und Interviewgefechte über Zeitpunkt, Teilnehmerzahl, Kriterienerfüllung und mögliche Verschiebung als der kleinkrämerische Umgang mit dem gesamteuropäisch wichtigsten Vorhaben seit dem Abschluß der römischen Verträge 1957 und die dabei zum Vorschein kommende, erbärmlich geringe Europareife weniger der europäischen Bevölkerungen, als deren politischer, intellektueller und medialer Eliten.

Mit Hilfe des von vielen Seiten absichtsvoll genutzten Kriterienstreits hat man es mühelos geschafft, aus einem ökonomisch-politischen Jahrhundertprojekt ein Zahlenspiel zu machen. Ein Stückweit überwunden geglaubte nationale Animositäten feierten fröhliche Urständ. Dabei konnten die jeweils im Kreisverkehr und fast wöchentlichen Wechsel hervortretenden Nöte einzelner EU-Mitgliedsstaaten untereinander nur dürftig für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen. Wer schulmeisterlich gegen schludrige Haushaltsführung anderer und südliche Inflationstreiber auftrat, mußte allerdings spätestens bei der nächsten eigenen Haushaltsvorlage nackt im Glashaus sitzen, während die Gescholtenen munter Steine auf den gestolperten Musterknaben warfen. Gewiß ist es mehr als ein Schönheits-

fehler, daß der Maastrichter Vertrag nach wie vor auf sehr ungleich tragfähigen Pfeilern aufruhrt: auf der sehr verbindlichen Währungs- und der übermäßig unverbindlichen politischen Union. Erst recht ein Elend ist es, daß der Juni-Europagipfel in Amsterdam bei den überfälligen institutionellen Reformen der Union so gut wie nicht vorankam. Und wie begrenzt der gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Handlungswille der Europäer erst noch ist, zeigt die Tatsache, daß der Präsident der Vereinigten Staaten im Alleingang entscheiden kann, welche europäischen Länder in die Nato aufgenommen werden dürfen und welche nicht, und dieser es dabei nicht einmal für nötig hält, die diplomatischen Höflichkeitsregeln einzuhalten. Europa als Ganzes wird erst zu einer „integrierten Gestalt“ finden, wenn es zu einer gemeinsamen Wirtschafts-, Umwelt-, Außen- und Sicherheitspolitik fähig ist. Aber man sollte auch im Blick darauf die politische Wirkung der Währungsunion als Währungsunion nicht unterschätzen. Die Vergemeinschaftung der Währung ist immerhin der bislang denkbar größte Verzicht auf nationale Souveränität. Nationale Politik kann innerhalb der EU künftig nicht mehr wie bisher gemacht werden. Und wenn die Osterweiterung näherrückt, wird diese auch institutionelle Reformen der Gemeinschaft erzwingen, die deren Lebensfähigkeit garantieren. Europa ist ein langer Prozeß, als solcher auch gegen große Rückschläge nicht gefeit; aber er ist trotz aller Sklerosen – auch monetärer – immer noch vorangekommen. se

## Grundlegend

*Wort der christlichen Kirchen zur deutschen Asyl- und Ausländerpolitik*

Nur fünf Monate nach Erscheinen des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwortes haben sich Anfang Juli der Rat der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land und die Deutsche Bischofskonferenz, in diesem Fall zusammen mit weiteren Mitglieds- und Gastkirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, erneut mit einer „politischen“ Erklärung in die öffentliche Debatte eingemischt.

Die alttestamentlich („... und der Fremdling, der in deinen Toren ist“) betitelte Erklärung, in erster Linie ein Plädoyer für ein längst überfälliges *umfassendes migrations- und integrationspolitisches Gesamtkonzept*, das der Situation Deutschlands als „faktischem Einwanderungsland“ endlich gerecht werden soll, wurde von einer ökumenischen Arbeitsgruppe vorbereitet; ihr gehörten, wie bei der Vorstellung des Wortes betont wurde, Theologen, Wissenschaftler, Juristen und Aussiedlerbeauftragte, darunter selbst auch Ausländer an, die reichlich Sachverstand und Erfahrung hätten mitbringen können.

Mit ihrem Migrationspapier melden sich die Kirchen zu einem Zeitpunkt zu Wort, an dem die Gemüter – verglichen etwa mit der Diskussion um die Asylrechtsänderungen Anfang der 90er, die zuletzt unter dem Eindruck brennender Asylantenheime geführt werden mußte – beruhigt scheinen. Kommt daher die Erklärung zu spät, wie einige Kommentatoren monierten?

Nicht unbedingt. Wenn die Kirchen – vor dem Hintergrund auch einer ausführlichen Auseinandersetzung mit Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit im ersten Teil des Wortes – jetzt betonen, die Bewältigung der Migrationsprobleme gehöre zu den „zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben“ (Nr. 60), wissen sie, wie sehr eben diese ungelösten Probleme nur vordergründig verdrängt unter der Oberfläche weiterschweben, wie gefährlich schnell sie sich wieder entzünden können, wie leicht sie sich auch gezielt anfachen lassen.

Gerade aber in einer Zeit, in der das Thema „Flucht und Migration“ nicht sowieso die politische Tagesordnung und das öffentliche Gespräch beherrscht, besteht die Chance für eine

„grundlegende Auseinandersetzung mit der Thematik“, die die Kirchen mit dieser Erklärung leisten wollen – daß dies nur im Umfang von 104 Seiten möglich war, senkt jedoch auch entschieden und bedauerlicherweise die Rezeptionschancen dieses bemerkenswerten Dokumentes.

Es sind nicht unbedingt originelle Ideen, noch nie gehörte Aussagen oder revolutionäre Lösungsvorschläge, die den besonderen Stellenwert dieser Erklärung ausmachen. Den von den Kirchen an die politisch Verantwortlichen gerichteten Vorwurf, die politisch motivierte Realitätsverweigerung („Deutschland ist kein Einwanderungsland“) mache die faktische Zuwanderung ziel-, plan- und steuerungslos und lasse statt dessen nur Abwehr und Verhinderung zu, erheben die Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern schon seit langem. Mit der vehement vorgetragenen Forderung nach einer der Realität des faktischen Einwanderungslandes entsprechenden Reform des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts, nach erleichterten Vorbedingungen für die Einbürgerung rennen die Kirchen auch bei Mitgliedern der Regierungsparteien offene Türen ein.

Das angemahnte umfassende Migrations- und Integrationskonzept – ob Deutschland ein „Einwanderungsgesetz“ braucht, bleibt für die Kirchen eine zweitrangige Frage – ist seit Jahren schon das *Ceterum censeo* der für Migrations- und Integrationsfragen zuständigen Fachwelt. Und immer wieder können die Kirchen auch auf eigene frühere Aussagen und nicht erfüllte Forderungen zu einzelnen der in der Erklärung nun zusammengefaßten Aspekte hinweisen: etwa in der gemeinsam im November 1992 veröffentlichten Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zum „Asylkompromiß“ (vgl. HK, Januar 1994, 4), die zugleich den Anstoß zu der jetzt veröffentlichten Stellungnahme gab.

Die besondere Bedeutung des vorgelegten Papiers liegt zum einen darin, daß nun gemeinsam verantwortet und